

MARXISTISCHE WISSENSCHAFTLER IN RUSSLAND

ALEXANDER CHARLAMENKO

Am 1. Oktober 1994 fand in Moskau, nach mehrmonatiger Vorbereitung, ein Kongreß der Assoziation «Russische Wissenschaftler sozialistischer Orientierung» (russ. Abkürzung: RUSO) statt. Die Initiative ging von einer Gruppe von Spezialisten aus sozialwissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen aus, die sich innerhalb eines Beratungsgremiums beim Obersten Sowjet der UdSSR 1990 – 1992 gebildet hatte. Zwei Wochen nach dem Staatsstreich im August 1991 und der «Einstellung» der Tätigkeit der KPdSU fanden sich viele linke Wissenschaftler in der «Bewegung für die Verteidigung der Rechte der Kommunisten» zusammen. Sie protestierten gegen antikommunistische Repressalien in Litauen und Lettland und versuchten ähnlichen Vorhaben in Rußland vorzubeugen. Deswegen traten die Wissenschaftler als Experten im Verfassungsgericht der Russischen Föderation in Erscheinung, als es um den «Fall KPdSU» ging. Sie haben keinen geringen Anteil daran, daß das Gericht die Auflösung der Grundorganisationen der KPdSU für verfassungswidrig erklären mußte. Dieselbe Wissenschaftler-Gruppe arbeitete 1991 – 1993 mit dem linken Flügel des Obersten Sowjets der Russischen Föderation zusammen. Sie protestierte gegen die Beseitigung der UdSSR, die von einer Mehrheit des Obersten Sowjets gehorsam gebilligt wurde, trat gegen die von Jelzin verfassungswidrig einberufene «Verfassungskonferenz» auf und beteiligte sich am Kampf gegen den Präsidentenerlaß Nr. 1400 und die gewaltsame Auflösung der Sowjets im September und Oktober 1993.

Später unterstützten viele der linken Wissenschaftler den Boykott der Wahlen zur Duma, die inmitten der noch heißen Spuren des Blutvergießens in Moskau stattfanden. Andere hielten eine Beteiligung an den Wahlen und die Ausnutzung der Duma für einen legalen Kampf gegen die Gesetzlosigkeit für sinnvoll. Einige von ihnen wurden als Kandidaten der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) in die Duma gewählt. Im Frühjahr 1994 stimmten sie gegen den Mehrheitsbeschluß der Duma, die Aufklärung der Tragödie vom Herbst 1993 einzustellen und im Gegenzug eine Amnestie für die Verhafteten zu erlassen. Linke Wissenschaftler gründeten daraufhin selbst eine Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der «demokratischen» Konter-

revolution.

Von Juni bis September 1994 wurden in der Prawda mehrfach Mitteilungen über die Schaffung eines Orgkomitees der RUSO und Briefe mit Aufrufen zu einer Vereinigung von Wissenschaftlern veröffentlicht, die unter den gegenwärtigen Bedingungen sozialistische Ideen vertreten. Dieser Aufruf fand Widerhall in verschiedenen Regionen Rußlands. Zum Kongreß trafen 191 Delegierte und 29 Gäste ein, Parteilose wie Vertreter der verschiedenen linken Parteien: der KPRF, des Bundes der Kommunisten, der Allrussischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKRK), der Allrussischen Partei der Kommunisten, der Sozialistischen Partei der Werktätigen. Unter den Delegierten waren zwei Mitglieder und ein korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften und 75 Doktoren der Wissenschaften.

Das Hauptreferat hielt Prof. R. I. Kosolapow, einer der Vorsitzenden des Orgkomitees. Er sprach zu den Aufgaben der wissenschaftlich-theoretischen Tätigkeit der Wissenschaftler sozialistischer Orientierung. Kosolapow bemerkte, daß eine Zeit der «vergessenen Wörter, verlorenen Prinzipien, verworfenen Anschauungen, verratenen Überzeugungen» eingetreten sei. Zu beobachten sei ein breitangelegter Angriff der Reaktion nicht nur gegen den Marxismus, sondern auch gegen den Humanismus; die klassische Kultur werde ersetzt durch ein reaktionäres Bild vom Menschen als Konsumenten, Besitzstreben und Individualismus würden zum Ideal erhoben. Der Menschheit drohe geistige Verelendung, umso mehr, als die modernen Kommunikationsmedien die Computerisierung der menschlichen Persönlichkeit in Serienfertigung ermöglichten. Besonders weit vorangeschritten auf diesem Weg seien die USA, die erfolgreich für die verspießerte Masse eine Art «Konsumkommunismus» im Sinne des Chrustschowschen Parteiprogramms von 1961 errichtet hätten. Nur habe dieser «Kommunismus» nichts gemein mit dem der marxistischen Theorie, dessen die Menschheit immer stärker bedarf, will sie physisch und geistig überleben. Die gängigen Versionen von der Krise und dem Zusammenbruch des Marxismus und Sozialismus, meinte Prof. Kosolapow, seien nicht aufrechtzuhalten. Untergegangen sei nicht die marxistische Theorie, sondern ihre dogmatische Version, die die veralteten Gesellschaftsstrukturen zu konservieren versuchte. Die in der UdSSR und anderen Ländern zusammengebrochene Gesellschaftsordnung war, so Kosolapow, kein Sozialismus, sondern eine Übergangsgesellschaft, ihr Untergang wurde durch die Zerstörung von Schutzmechanismen hervorgerufen, die mit der Perspektive zukünftiger sozialistischer Entwicklung zusammenhängen.

Daher sollten die marxistischen Wissenschaftler endlich die Minderwertigkeitskomplexe aufgeben, die ihnen durch die antikommunistische Propaganda sug-

geriert würden. Ohne die marxistische Theorie ließen sich die Grundprobleme Rußlands und der Menschheit nicht lösen. Marxisten müßten von Beginn an eine bestimmte Klassenposition beziehen – die Position der «Diktatur der vereinigten Arbeit».

WESTEN – RIVIERA FÜR DIE REICHEN

Die Niederlage des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa interpretierte Kosolapow als Kehrseite der allgemeinen Krise des Kapitalismus, als Aufschub von dessen Zusammenbruch durch die Neuaufteilung der Welt. Infolge des Überlaufens der Führungsspitze der UdSSR seien deren Ressourcen zu mächtigen Reserven des Weltkapitalismus geworden. Diese Ereignisse stellten den Abschluß des dritten Weltkrieges dar, der im Atomzeitalter mit anderen Mitteln geführt wurde, als die vorhergegangenen Kriege. Ihn gewann nicht eine einzelne Macht, sondern das vereinigte «westliche» Lager, das sich als ultraimperialistisches System formiert hätte. Kosolapow wies darauf hin, daß Lenin in seiner Polemik mit Kautsky nicht die Möglichkeit eines «Ultrimperialismus» an sich verneint hatte, sondern nur den revolutionären Aufschwung, die prinzipielle Fähigkeit der Revolution, einen Sieg zu erlangen, hervorheben wollte, sowie die Notwendigkeit, alle Kräfte dafür einzusetzen. Zugleich hatte Lenin die von Hobson beschriebene Gefahr einer langfristigen kolonialen Unterwerfung eines großen Teils der Welt und die Verwandlung des «Westens» in eine riesige «Riviera» für die Reichen ernstgenommen und analysiert. Etwas ähnliches sei nun in der Tat eingetreten, vor allem seit Zerstörung der UdSSR.

URSACHEN DER NIEDERLAGE

Kosolapow versuchte, die objektiven Gründe dieser Katastrophe zu charakterisieren. An die erste Stelle rückte er das unkontrollierte Anwachsen der «Schattenwirtschaft», das zur Wiedergeburt der Bourgeoisie als Klasse geführt habe. Deren Akkumulation betrug bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mindestens ein Drittel der Grundfonds der gesellschaftlichen Produktion, was es dieser Klasse ermöglichte, die wichtigsten Produktionsmittel in Waren zu verwandeln. Ohne eine Reihe zielgerichteter Maßnahmen, darunter die Geldreform, war die Katastrophe unvermeidlich. Doch diese Maßnahmen stellten sich als unmöglich heraus infolge der bourgeoisen Evolution der sowjetischen Staatlichkeit unter dem Deckmantel der Phrasen vom «Volksstaat». Die Kluft zwischen Parteiführung und Parteimassen vertiefte sich. Mit dem Ansteigen der Mitgliederzahlen der KPdSU auf fast 20 Millionen fielen die qualitativen Anforderungen an die Mitglieder, und die Rolle der Partei in der Gesellschaft nahm eher noch ab. Die KPdSU

überließ die Arbeiterklasse sich selbst, und diese verwandelte sich allmählich zu einer «Klasse an sich» zurück, umso mehr, als ihre gesellschaftliche Rolle objektiv gebremst war durch 50 Millionen Beschäftigte mit schwerer, unqualifizierter Arbeit. Auf diese traditionell den Arbeiterkern bildenden Teile der Arbeiterklasse richtete sich vorrangig die Arbeit der Partei. Statt dessen hätte bereits in den sechziger Jahren erkannt werden müssen, daß große Teile der Intelligenz keine «Schicht» zwischen den Klassen bilden, sondern aufgrund der engen Verbindungen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit mit der Produktion selbst zur Arbeiterklasse gehören, während ein anderer weitaus kleinerer und elitärer Teil sich die Stereotypen der Konsumgesellschaft zu eigen machte und als Vermittler des bürgerlichen Einflusses fungierte. Dieser Einfluß konnte schon deswegen nicht effektiv abgewehrt werden, weil es in der Partei seit den 20er, besonders aber seit den 50er Jahren eine wachsende Kluft zwischen den Funktionen der Organisatoren und der Theoretiker gab. Der Theoretiker wurde zum Bedienpersonal und seine Arbeit wurde ausgehend vom jeweiligen Bildungsniveau der Bürokraten bewertet. Das Zensoren-Verhalten der ZK-Abteilungen und des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften erstickte alle Versuche einer schöpferischen Weiterentwicklung der marxistischen Theorie. Die KPdSU hat faktisch die Sache bis zum ideellen Selbstmord getrieben.

Kosolapow versuchte dann eine Reihe der von marxistischen Sozialwissenschaftlern vorrangig zu bearbeitenden Problemkreise zu umreißen. In der Philosophie gehe es um die Ausarbeitung einer neuen Form des Materialismus (Engels zufolge rufe jede Umwälzung in der Gesellschafts- oder Naturwissenschaft, ganz zu schweigen von tiefen Einschnitten im gesellschaftlichen Leben, notwendig eine neue Form des Materialismus hervor). Es sei nötig, die Vorstellungen von der dialektischen Wechselbeziehung zwischen Sein und Bewußtsein angesichts solcher Faktoren wie der Macht der Massenmedien zu vertiefen. Man müsse außerdem einer Idealisierung von Systemtheorien entgegenwirken, die das dialektische Denken nicht ersetzen könnten. Gerade mit der Abkehr von der Dialektik begann, so Kosolapow, das «Neue Denken», das die Kapitulation der führenden Kreise der UdSSR vor dem Antikommunismus vorbereitete. Auch jetzt noch irrten viele der Führer neuer kommunistischer Parteien bezüglich der Begriffe «Revolution» und «Evolution», und verwechselten die Revolution mit dem Bürgerkrieg. Wesentlich aber sei, daß man weder Revolution noch Evolution abschaffen könne, da das nicht von uns selbst abhängt. Nur ein Verständnis des objektiven Charakters der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten erlaube marxistischen Wissenschaftlern, die aktuellste aller Aufgaben zu lösen, nämlich eine Formationsanalyse des ge-

Charlamenko: Wissenschaftler in Rußland

genwärtigen Gesellschaftszustandes vorzunehmen. Für eine Tragödie der Politischen Ökonomie hielt Kosolapow den Umstand, daß sie sich vorzugsweise mit dem Zirkulationsprozeß der Waren statt mit der Produktionssphäre befaßt habe. Selbst die elementare Tatsache, daß sich ein Markt entwickeln kann, geriet in Vergessenheit. Im Ergebnis begannen sich diejenigen als Hausherrn der Wirtschaft zu fühlen, die eine Druckerpresse besaßen.

WEGE ZUR KLASSENLOSEN GESELLSCHAFT

Dabei habe bereits Marx den Übergang von einer politischen Ökonomie des Eigentums zu einer politischen Ökonomie der Arbeit gefordert. Jahrzehnte lang stritten sowjetische Ökonomen über Plan und Markt, ohne daß es zu einer soziologisch abgestützten Bedürfnisforschung und einer darauf fußenden Planungsweise gekommen wäre. Das ZK-Plenum zu Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wurde 17 Jahre lang «vorbereitet». Aus den sechziger Jahren stammendes Material wurde zu Beginn der Perestroika aus der Schublade geholt und von Gorbatschow zur Eigenreklame ausgenutzt, ohne daraus ernsthafte Konsequenzen zu ziehen. Die Unfähigkeit zur Lenkung einer zentralisierten Großproduktion wurde mit Diskussionen darüber zugedeckt, wie schlecht eine «Monowirtschaft» und wie gut eine gemischte Wirtschaft sei. Gemischte Wirtschaften seien aber stets Übergangswirtschaften und nicht an sich zum Ideal zu erheben, eine marxistische Theorie müsse ihren Entwicklungsvektor untersuchen, der im Kapitalismus wie im Sozialismus in der realen Vergesellschaftung der Produktion bestünde. Ein optimales Modell einer rentablen Planwirtschaft könne es nur bei Berücksichtigung des neuen Niveaus der Produktivkraftentwicklung, der ökologischen Ausrichtung der Energiewirtschaft und der Industrie insgesamt geben.

Die Hauptaufgaben der marxistischen Sozial- und Politikwissenschaft seien die Ausarbeitung von Konzepten der Volksherrschaft und der Wege zu einer klassenlosen Gesellschaft. Erforderlich seien Forschungen zur konkreten Verbindung der traditionellen Ethik der Völker Rußlands mit der Moral der Zukunft. Es dürfe keine Entgegensetzung von «russischer Idee» und Sozialismus geben, weil Rußland nur auf sozialistischem Weg seine Unabhängigkeit behalten werde. Die theoretisch denkbare Herausbildung eines russischen staatsmonopolistischen Kapitalismus wäre der am wenigsten schmerzhafteste Weg der Schaffung von Voraussetzungen für den Sozialismus, seine Verwirklichung in Rußland würde aber durch die herrschenden Kreise des «Ultra-Imperialismus» verhindert. Es bleibt nur eine Alternative zum Sozialismus – die Aufteilung und Kolonisation des Landes,

seine Verwandlung in eine abhängige Peripherie, eine billige Rohstoffquelle und Müllhalde.

Für die soziologische Forschung stünde erneut die Aufgabe im Mittelpunkt, die Lenin für den Beginn des 20. Jahrhunderts gelöst hatte: die Analyse der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland – sowohl des verdeckten bis in die achtziger Jahre, als auch des offenen in der letzten Zeit. Auf neue Weise sei die Struktur des Proletariats zu begreifen und zu berücksichtigen, daß seine intellektuellen Mitglieder derzeit am aktivsten und aufnahmewilligsten für die kommunistische Ideologie seien.

In der Geschichtswissenschaft müßten marxistische Wissenschaftler den Lügen und Verleumdungen entgegenzutreten, die inzwischen nicht nur die sowjetische Periode betreffen, sondern sämtliche Persönlichkeiten der russischen Geschichte und Kultur, die je patriotische oder demokratische (ohne Anführungszeichen) Positionen eingenommen haben. In erster Linie müsse den Menschen die Wahrheit über Lenin gesagt werden.

Die Rechtswissenschaften werden in noch höherem Maße zu antikommunistischen und restaurativen Zielen mißbraucht. Juristen rechtfertigen im Dienst der heutigen Herrscher die Wiederherstellung des Privateigentums und die Ersetzung der Sowjetmacht durch die Präsidialgewalt. Besonders intensiv werden die «Zivilgesellschaft» und der «Rechtsstaat» gepredigt, zu einem Zeitpunkt, da die russische Wirklichkeit deutlicher als je zuvor beweist, daß das Recht der zum Gesetz erhobene Wille der herrschenden Klasse ist. Zum Schluß betonte der Referent, daß die marxistischen Wissenschaftler die Kultur des theoretischen Denkens wiedererlernen müßten, die formale und dialektische Logik beherrschen sollten, die widersprüchlichen Seiten von Entwicklungsprozessen analysieren und seinen Verlauf prognostizieren müßten, sich selbst mit Paradoxen und Gegenthesen konfrontieren sollten und vor allem: sich an der gesellschaftlichen Praxis zu überprüfen und auf die Ergebnisse der empirischen Soziologie zu stützen hätten. Erforderlich sei die Propagierung unserer Anschauungen unter der Jugend, weil die Alternative zum Marxismus heute nur noch Aberglaube, Irrationalismus und Fideismus sei.

AUFGABEN MARXISTISCHER SOZIOLOGIE

Als weiterer Referent trat der Soziologe Prof. M. N. Rutkewitsch auf, korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften. Er sieht die wichtigste Aufgabe der marxistischen Soziologie derzeit darin, die Kräfte-Umgruppierung in der sozialökonomischen und daher auch in der sozialpolitischen Sphäre zu untersuchen. Welche sozialen Gruppen bilden sich an den verschiedenen Polen der russischen Gesellschaft heraus, welcher Art ist ihre

wechselnde Konstellation? Diese Aufgabe muß unter den Bedingungen der propagandistischen Manipulation der Ergebnisse offizieller soziologischer Forschungen gelöst werden. Nichtsdestoweniger demonstrierten auch diese Forschungen die Auswirkungen beispielsweise der gegenwärtigen Bildungsreform. In den achtziger Jahren erhielten noch 80-85 % der Jugendlichen einen vollständigen mittleren Bildungsabschluß – heute ist diese Zahl weit unterschritten. 1993 blieben 200 000 Jugendliche – mit dem Abschlußzeugnis lediglich der neunten Klasse – ohne Arbeit, denn nach dem noch gültigen sowjetischen Gesetz dürfen sie bis zur Vervollendung des 16. Lebensjahres gar nicht eingestellt werden. Der Anteil der Privatschulen ist stark angestiegen, für diese muß oft in Dollar bezahlt werden. Zugleich ist eine «De-Ideologisierung» der Bildung in Gang, genauer gesagt die Ausmerzung der sowjetischen Ideologie.

Der Philosoph B. F. Slawin sprach zu den Aufgaben der Politologie und unterzog die populäre These von der «Politik als Kunst des Möglichen» einer Kritik. Eine prinzipielle Politik müsse sich, statt opportunistisch zu sein, auf eine Wissenschaft vom Notwendigen stützen. Politologen müßten die Frage beantworten, ob sich diese Notwendigkeit auch heute noch über den Klassenkampf durchsetze. Eine weitere wichtige Frage sei die nach dem Verhältnis zum russischen Staat. Sollten sich die Kommunisten zu integrieren versuchen und das Parlament als legale Tribüne nutzen, wollen wir in eine Regierung zu Bedingungen eintreten, die uns dieser Staat diktiert?

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT UNMÖGLICH

Dasselbe Problem wurde im Referat des Demographen B. S. Chorew angesprochen. Seiner Ansicht nach ist in Rußland ein Regierungswechsel unter linkszentristischen Losungen, wie jüngst in Belorußland und in der Ukraine, nicht ausgeschlossen. In diesen beiden Republiken treten die Regierungen für eine «soziale Marktwirtschaft» ein. Doch ist in Ländern, die niemanden im Ausland zur Ausbeutung zur Verfügung haben, eine «soziale» Orientierung des Kapitalismus unmöglich. Ein Linkszentrismus dieser Art sei zum Scheitern verurteilt. Man dürfe ihn auf keinen Fall hinter kommunistischen Losungen verstecken, weil dies die kommunistische Bewegung diskreditieren würde. Daher sei eine Theorie ohne alle marktwirtschaftlichen und nationalistischen Illusionen dringender denn je erforderlich. Nur diese könne eine Grundlage sein für einen Sieg nicht nur über diese oder jene Regierungsclique, sondern über die bürgerliche Konterrevolution.

Der Kongreß der RUSO stellte die Frage nach dem Verhältnis der neugegründeten Assoziation zu den kommunistischen und den anderen oppositionellen Parteien und Bewegungen. Die Mehrzahl der Teil-

nehmer sprach sich gegen die Verwandlung der RUSO in einen «Transformationsriemen» irgendeiner politischen Organisation und für den wissenschaftlichen Charakter der Assoziation aus. Nur so könne die RUSO ein Forum für den theoretischen Meinungsaustausch zwischen allen Wissenschaftlern sozialistischer Orientierung werden. Zugleich kann die Assoziation Kontakte mit anderen gesellschaftlichen Organisationen unterhalten. Beispielsweise gab es eine Grußadresse an den Gründungskongreß der RUSO seitens des Allrussischen Arbeiterkongresses, der am 1. Oktober 1994 vor Moskau, in Swenigorod, tagte, und in der es hieß: «Wir sind davon überzeugt, daß nur ein Bündnis der Arbeit und des Intellekts das Aufblühen unseres Vaterlandes gewährleisten kann.»

Der Kongreß nahm eine Deklaration und den Entwurf eines RUSO-Statuts an und wählte 77 Mitglieder in einen Zentralrat (10 Plätze wurden für Wissenschaftler aus Gebieten reserviert, die aufgrund der teuren Fahrpreise keine Delegierten entsenden konnten). In die Leitung der RUSO wurden gewählt: V. A. Koptjug, Vorsitzende der Sibirischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften, W. S. Scheweluchi, Akademiemitglied, M. N. Rutkewitsch, Korr. Mitglied der AdW, die Philosophen V. A. Vazjulín, R. I. Kosolapow, V. P. Osadtschij, J. K. Pletnikow, die Juristen V. G. Wischnjakow, V. M. Iljuchin, B. P. Kuraschwili, A. I. Lukjanow, E. A. Lukjanowa, die Historiker P. V. Wolobujew, Karpuchin, die Ökonomen O. V. Maljarow, A. Z. Seleznjow, der Demograph B. S. Chorew, der Autor des Entwurfs der Sowjetischen Verfassung Rußlands von 1993 J. N. Slobodkin u. a. Nach dem Gesetz über die Registrierung von gesellschaftlichen Organisationen als gesamtrossische müssen nicht weniger als 45 Regionalorganisationen ihre Gründungsdokumente gebilligt haben. Zusätzliche Schwierigkeiten entstehen durch den Zusatz «gesamtrossisch» in der Benennung einer Organisation, da dafür 2 Millionen Rubel in die Staatskasse abgeführt werden müssen. Der Assoziation der marxistischen Wissenschaftler steht noch ihre offizielle Registrierung im Justizministerium bevor. Ihre ersten Vorhaben sind zwei Konferenzen, die 1995 stattfinden und dem 125. Geburtstag von W. I. Lenin bzw. dem 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus gewidmet sein sollen.